

NIEDERSCHRIFT

über die 20. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau
am 04.04.2013

Finanz- und
Wirtschaftsausschuss

Schkopau, 9.4.2013

Sitzung am: 04.04.2013

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:50 Uhr

Ort, Raum: 06258 Schkopau, Schulstraße 18, Bürgerhaus, Ratssaal

Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

- TOP 1. Eröffnung der Sitzung
- TOP 2. Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung der Mitglieder
- TOP 3. Anwesenheitsfeststellung
- TOP 4. Feststellen der Beschlussfähigkeit
- TOP 5. Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 22.01.2013
- TOP 6. Niederschriftskontrolle - Stand der Realisierung
- TOP 7. Einwohnerfragestunde
- TOP 8. Feststellung der Tagesordnung
- TOP 9. Diskussion Haushaltsplanentwurf 2013
- TOP 10. Stand der Umsetzung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes entsprechend der Festlegungen der Klausurtagung vom 09.03.2013
- TOP 11. Stand der Erarbeitung des Personalentwicklungskonzeptes
- TOP 12. Entwicklungsschwerpunkte und Möglichkeiten der KOSTENreduzierung durch Abbau von Fremdleistungen durch die Servicestation
- TOP 13. Vorlage zur Festsetzung der Grundsteuer A und B für das Haushaltsjahr 2013
- TOP 14. Anfragen
- TOP 15. Sonstiges

Sitzungsverlauf:

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Frau Müller eröffnet um 18:30 Uhr die Sitzung.

TOP 2. Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung der Mitglieder

Sie stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist.

TOP 3. Anwesenheitsfeststellung

Von 7 Ausschussmitgliedern sind 6 anwesend.

TOP 4. Feststellen der Beschlussfähigkeit

Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 5. Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom

NIEDERSCHRIFT

**über die 20. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau
am 04.04.2013**

22.01.2013

Es werden keine Einwendungen gegen die o. g. Niederschrift vorgebracht.

TOP 6. Niederschriftskontrolle - Stand der Realisierung

Eine Niederschriftskontrolle entfällt.

TOP 7. Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde entfällt. Es sind keine Einwohner anwesend.

TOP 8. Feststellung der Tagesordnung

Nach vorliegender Tagesordnung wird verfahren.

TOP 9. Diskussion Haushaltsplanentwurf 2013

Zu Beginn der Diskussion macht Frau Tiesler folgende Ausführungen:

Der vorläufige Fehlbetrag in Höhe von 5,04 Mio. € kann auf 3,1 Mio. € reduziert werden. Zur Veranschaulichung der Veränderungen im Vergleich zum 1. Entwurf wurde eine Übersicht vorgelegt. Eine Verbesserung der Einnahmesituation wird aufgrund der Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuern A und B erreicht. Bei der Gewerbesteuer ist ein positiver Trend zu verzeichnen. Es werden ca. 1 Mio. € mehr eingenommen werden.

Die Ausgabensituation im Verwaltungshaushalt stellt sich wie folgt dar: Für die Unterhaltung der Grundstücke müssen 27 T€ mehr aufgewendet werden, da verschiedene Leistungen der Servicestation neu übertragen werden. Für den Winterdienst werden zusätzlich 40 T€ benötigt. Diese Summe ist evtl. noch nicht ausreichend. In der Grünflächenpflege werden 13 T€ eingespart. Für die Servicestation werden ca. 5 T€ mehr an Benzinkosten anfallen. Die Gemeinde muss einen Gutachter für den Hangrutsch in Röglitz beauftragen. Es ist eine Behindertenabgabe wegen Nichterfüllung der Quote zu zahlen. Die Gewerbesteuerumlage steigt.

Zum Vermögenshaushalt berichtet Frau Tiesler: Die Kosten für die Maßnahme Breitbandausbau reduziert sich um 1 Mio. €. Die Zuweisung von Leuna für die Schule Wallendorf ist als Darlehen zu betrachten und in den nächsten 20 Jahren zurückzuzahlen. Das Kreditvolumen der Gemeinde beläuft sich auf rund 2 Mio. €.

Zur nächsten Gemeinderatssitzung wird der Haushalt in doppischer Form zugesandt. Erträge und Aufwendungen müssen ausgeglichen werden. Im Ergebnishaushalt steht jedoch ein Fehlbetrag von - 3,5 Mio. €. Dieser wird sich auf 2,0 Mio. € verringern, da am 03.04.13 vom Ministerium für Finanzen der Bescheid über den Erlass der FAG-Umlage in Höhe von 1,5 Mio. € einging.

Zum Breitbandausbau fragt Herr Trisch, warum die Summe dermaßen zurückgestuft worden ist. Herr Haufe erläutert, dass zu Beginn noch keinerlei Erkenntnisse über Kosten vorlagen und deshalb nur eine grobe Schätzung vorgenommen werden konnte. Im Laufe des Ausschreibungsverfahrens haben sich verschiedene Firmen gemeldet. Einzelne Ortsteile seien aus dem Programm heraus gefallen. Derzeit läuft die Auswertung der Angebote. Mit der Kommunalaufsicht wurde Rücksprache gehalten. Sie stimmt grundsätzlich dem Vorhaben mit

NIEDERSCHRIFT

**über die 20. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau
am 04.04.2013**

einer Kreditaufnahme zu. Auf weitere Nachfrage meint Herr Haufe, dass er nicht wisse, ob Ausbaupläne zum Nachweis des Marktversagens vorliegen und verweist an Herrn Casper. Eine weitere Nachfrage von Herrn Teske bezüglich des Internetanschlusses für alle Haushalte weist Herr Haufe mit Hinweis auf die „Geschäftsordnung für den Gemeinderat, seine Ausschüsse und die Ortschaftsräte zurück. Frau Müller nimmt den Hinweis an. Herr Wanzek merkt an, dass die Maßnahme schnell losgehen möchte. Ständig hat er diesbezüglich Anfragen von Betrieben und Privatpersonen. Ein schnelles Internet ist heutzutage eine notwendige Teilhabe.

Herr Sachse legt dar, dass der Sozialausschuss beantragt hat, 400 € für jeden Ortsteil pauschal für die Seniorenarbeit zur Verfügung zu stellen. Weiterhin waren 2.000 T€ für die Ortsteile für Feste und Feiern hinsichtlich der Traditionen und Pflege der Vereine beantragt. Er fragt, warum das Geld nicht eingestellt wurde. Herr Trisch fragt weiter, ob die Gesamtsumme von 4.900 €, die jetzt im HH-Entwurf drin steht, nach dem Motto „wer zuerst kommt, malt zuerst“ aufgeteilt werden soll. Auch die Aussage von Herrn Haufe, dass die Gemeinde 37 T€ für Seniorenarbeit zur Verfügung stellt, kann er so nicht gelten lassen. Diese Summe kommt nicht allen gleichermaßen zu Gute, sondern macht zum größten Teil Lohn- und Unterhaltungskosten etc. der Seniorenkreise einiger weniger OT aus.

Herr Wanzek drängt darauf, das Problem anzugehen. Auch die „Sportförderung“ kann man den Vereinen nicht mehr erklären. Es geht vor allem um das soziale Leben vor Ort. Die Gemeinde soll sich nicht „tot sparen“ und das soziale Leben komplett herunterfahren. Es muss mit Augenmaß entschieden werden.

Herr Haufe hat bei Amtsübernahme bekundet, dass bestimmte Dinge - auch in der Seniorenarbeit - anzugleichen sind, was leider in 10 Jahren Einheitsgemeinde nicht geschafft wurde. Zu den Sportvereinen kann er Herrn Wanzek nicht zustimmen. Die Gemeinde finanziert immer noch die Sportanlagen und Sporthallen.

Herr Sachse entgegnet, dass die gewaltige Summe für die Unterhaltung der Sporthalle in Schkopau mit 108 T€ im Jahr nur wenigen zu Gute kommt. Diesen Umstand kann man nicht wegwischen aber man muss auch darüber reden. Auch Frau Uhlmann fühlt sich benachteiligt. Ihr OT hat zwar keinen Sportverein, macht aber in jedem Jahr zweimal ein Sportturnier/-fest. Sie kann nicht verstehen, warum die Sportförderung auf Null gesetzt ist.

Herr Gasch sieht keine Gerechtigkeiten in der Gemeinde. Im Haushalt stehen Ungereimtheiten, die Verwaltung redet nicht mit ihm, Halbwahrheiten sind nur aus der MZ zu erfahren.

Herr Felsch meint, dass hinsichtlich der Nutzung z. B. des Sportzentrums in Lochau noch Reserven bestehen, auswärtige Nutzer höher zur Kasse zu bitten. Er selbst schlägt vor, dass die Gemeinderatsmitglieder von ihrer Aufwandsentschädigung einen Teil abgeben und zur Verfügung stellen. Damit wären alle Probleme in der Seniorenarbeit gerichtet. Dieser Vorschlag soll im Gemeinderat beraten werden.

Herr Trisch schlägt vor, soviel Geld aus den Bewirtschaftungskosten wegzunehmen, dass die Gemeinde wieder eine Sportförderung bekommt. Vielleicht kann man die Sportvereine endlich dazu bringen, mit Strom, Wasser, Heizung sparsam umzugehen. Eine Budgetierung wäre evtl. hilfreich.

Frau Müller zeigt sich entsetzt, dass das Bauamt Bewirtschaftungskosten wie Strom, Wasser, Heizung anhand des Verbrauchs plant. Sie fasst zusammen: Die Einsparungen im Verwaltungshaushalt sind nicht ausreichend. Einsparpotential sieht sie vor allem in den Bewirtschaftungskosten. Die Vorgabe von Kosten soll wichtiges Prinzip der weiteren Arbeit werden. Der Ausschuss für Umweltfragen soll auf diesem Gebiet weiterarbeiten. In Zukunft müssen neue Wege eingeschlagen werden, um Geld frei zu lenken, damit für unsere Bürger

NIEDERSCHRIFT

über die 20. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau am 04.04.2013

Höhepunkte geschaffen werden können. Die Verwaltung muss weiter daran arbeiten, Einsparpotential herauszuholen.

Herr Haufe sieht keine Verteilungspotentiale. Die Verwaltung ist nicht einsparunwillig oder – unfähig. Er ist nur nicht bereit für einen Haushalt, der evtl. schon im November nicht mehr eingehalten werden kann. Er verweist u. a. darauf, dass z. B. die Kosten für die Kegelhalle um 17 T€ heruntergefahren wurden und derzeit daran gearbeitet wird, einen weiteren Nutzer dafür zu suchen. Aber auch Vereine sollten ihre Positionen hinsichtlich von Vereinsbeiträgen überdenken. Manche Beitragssätze bestehen schon seit mehr als 10 Jahren.

Bedauerlich ist, so Frau Müller, dass viele Ausgaben im Vermögenshaushalt bereits gebunden sind.

Herr Sachse erkundigt sich nach der Fördermittelzusage für den Schulkomplex in Raßnitz und ob Leuna zu seiner Zusage steht, die Schule in Wallendorf zu unterstützen.

Zum ersten Teil der Frage erläutert Herr Weiß, dass die Antragsfrist für STARK III auf den 31.3.2013 verlängert wurde und es noch keine verbindliche Aussage dazu gibt. Auf Nachfrage von Herrn Friedrich erläutert er weiter, dass, wenn die Förderung kommt, die Maßnahme erst 2014 begonnen werden wird. Die Gesamtfinanzierung muss aber gesichert sein. Deshalb steht die Maßnahme bereits in diesem Jahr im Haushalt. Herr Pomian beteuert, dass Leuna an seiner Zusage festhält und nur auf ein Zeichen von Schkopau wartet. Herr Haufe bekräftigt, dass Leuna grundsätzlich zu seiner Einstellung steht. Wenn es in eine andere Richtung laufen würde, hätte sich Leuna bereits gemeldet.

TOP 10. Stand der Umsetzung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes entsprechend der Festlegungen der Klausurtagung vom 09.03.2013

Einleitend weist Herr Haufe darauf hin, dass Pressearbeit Aufgabe des Bürgermeisters ist. Er ist es leid, dauernd von Herrn Gasch zu hören, dass man nichts erfährt. Wer etwas wissen will, muss nachfragen.

Es gibt folgende Ansätze, die in das HH-Konsolidierungskonzept einfließen sollen:

Einnahmeverbesserung durch Gebührenerhöhungen

- neue Friedhofs- bzw. Friedhofsgebührensatzung ist im entspr. Ausschuss vorgestellt, dazu soll noch Kalkulation erarbeitet werden
- Vorschlag für die Erhöhung von Hortgebühren: Ziel zum 31.8.2013
- gestaffelte Erhöhung von Kita-Gebühren – hier längerer Zeitraum bis zur Entscheidungsreife, da Einbeziehung von Eltern-Kuratorium, Ausschuss, Landkreis; Ziel zum 01.01.2014
- Erhöhung der Hundesteuern; Vorlage für die Gremien: Ziel zum 01.01.2014
- Sportstätten: Nutzungs- und Bewirtschaftungszuschuss als Sockelbetrag pro Verein, weitere Beträge in Abhängigkeit vom Kinder- und Jugendbereich, Behindertensport, Anzahl der Vereinsmitglieder
- gemeindeeigene Sporthallen Schkopau, Wallendorf, Döllnitz: Erhebung von Beiträgen pro Nutzungsstunde
- Mieten und Pachten: Erarbeitung eines Vorschlages (seit längerer Zeit keine Anpassung)
- Straßenausbaubeitragssatzung: Finanzausschuss soll entscheiden, ob Überarbeitung erfolgen soll

NIEDERSCHRIFT

über die 20. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau
am 04.04.2013

- Senkung von Bewirtschaftungskosten: Entscheidung über Zukunft des Liegenschaftsbestandes
- Arbeitsgruppe Energieeffizienz arbeitet aktiver: es wurde bereits festgestellt, dass die Hausmeister bewusst arbeiten
- Reduzierung von Fremdleistungen – siehe TOP 12
- Personalentwicklungskonzept – siehe TOP 11
- Brandschutz: Schlussfolgerungen aus dem Brandschutzbedarfsplan müssen gezogen werden (20 % des Verwaltungshaushaltes gibt die Gemeinde für Brandschutz aus)
- Budgetierung Horte und Grundschulen: Erarbeitung eines Vorschlages für 2014
- Jugendclubs – neues Konzept wird bereits angewendet

Mit dem Haushaltsplanentwurf wird ein Konsolidierungskonzept vorgelegt, das jährlich zu aktualisieren ist.

TOP 11. Stand der Erarbeitung des Personalentwicklungskonzeptes

Frau Spaller zeigt Eckdaten zum Personalentwicklungskonzept auf. Der 37seitige Entwurf liegt vor und ist mit dem Bürgermeister abgestimmt. Eine Beratung mit den Amtsleitern steht noch aus.

Das Personalentwicklungskonzept basiert auf folgenden Eckpunkten:

- Ziel erkennen
- Bestand analysieren (Altersstruktur, Krankheitsstand, Bildungsstand)
- Bedarf ermitteln
- Maßnahmen bzw. Instrumente beschreiben

Die Altersstruktur der Gemeindebeschäftigten stellt sich folgendermaßen dar:

- 28 % sind 21-40 Jahre
- 47 % sind 41-55 Jahre
- 25 % sind 56 und älter

Frau Spaller macht nähere Angaben zur Altersstruktur in der Kernverwaltung, Servicestation und Kindereinrichtungen. Neu seit diesem Jahr ist, dass in jedem Hort ein männlicher Mitarbeiter beschäftigt ist. In den Kindereinrichtungen sind 56 % aller Erzieher zwischen 41 und 55 Jahre alt. In den letzten Jahren wurden vermehrt Anstrengungen unternommen, junge Leute einzustellen. Am gravierendsten zeigt sich das Altersproblem in der Servicestation. Dort sind 38 % der Beschäftigten älter als 56 und nur 14 % zwischen 21 und 40 Jahre alt.

Eine Analyse des Krankenstandes ergab, dass die Erzieher und Bauhofmitarbeiter weit über dem Bundesdurchschnitt liegen (z. B. Krankenstand Mitarbeiter Servicestation 2012: 11.12 %).

Der Bildungsstand der Gemeindebeschäftigten ist im Allgemeinen gut. Bei Erziehern werden nur staatlich anerkannte Erzieher eingestellt.

Der Personalbestand in der Kernverwaltung soll sich in den nächsten Jahren zwischen 3,0 und 3,2 VbE auf 1.000 Einwohner entwickeln.

Der Stellenplan 2013 weist 42,825 Stellen aus, davon sind 2,7 Stellen nicht besetzt oder haben Anträge auf Freistellung von der Arbeit (befristet). 5,45 Stellen sind in Alternsteilzeit.

Tatsächlich besetzt sind in der Verwaltung 34,675 Stellen. Diese gliedern sich wie folgt:

NIEDERSCHRIFT

über die 20. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau am 04.04.2013

Bürgermeisteramt 2; Finanzverwaltung 10,675; Bauverwaltung 11,9; Hauptverwaltung 9,35; Ordnungsamt 8,9).

Der Betreuungsbedarf in den Kindereinrichtungen (Krippe, Kindergarten, Hort) wird vom Jahr

2013 mit 898 Betreuungsplätzen bis zum Jahr

2025 mit 644 Betreuungsplätzen

zurückgehen. Der Mindestpersonalschlüssel muss eingehalten werden, d. h. 2013 werden rund 100 Erzieher und 2025 nur noch rund 80 Erzieher benötigt.

Die Verwaltung hat mit einer schwierigen Konstellation zu arbeiten. In diesem Jahr werden ab August 3 Stellen wegen des neuen KiFöG mehr benötigt (Anstieg von 92,85 VbE auf 95,85 VbE). Dafür werden im kommenden Jahr 5,12 VbE weniger gebraucht. Aus diesem Grund werden nur befristete Stellen vergeben bzw. die Stundenanzahl der Mitarbeiter erhöht und im kommenden Jahr wieder reduziert. Bereits befristete Arbeitsverträge werden nicht verlängert. Im Jahr 2015 ist wieder ein Mehrbedarf zu erwarten, da sich der Personalschlüssel wieder ändert.

Die Aufgabenkritik Ermittlung des Personalbedarfs erläutert Frau Spaller am Beispiel der Schulspeisung und der Servicestation.

An allen Schulen außer Schkopau erfolgt die Essenausgabe durch eigenes Personal. Es ergibt sich die Frage, wie es in Zukunft geregelt werden soll:

- entweder die Eltern werden mit einem Betrag beteiligt
- oder das Personal wird umgesetzt.

Das hat Auswirkungen auf die Eltern, die Gemeinde und das Personal:

- Essengelderhöhung
- Übernahme des Küchenpersonals durch den Essenanbieter
- Problem: die Gemeinde zahlt Tarif

Die Servicestation ist mit 19,625 VbE ausgestattet, davon sind 16,25 VbE verfügbar. In Abstimmung mit dem Leiter der Servicestation wurde festgelegt, dass 14,25 Stellen in Zukunft ausreichend sind. Wie kann der hohe Krankenstand gesenkt werden?

- Abschluss ATZ-Verträge
- Vereinbarung von Teilzeitarbeit

Es liegen jedoch noch keine Stellenbewertungen und Stellenbeschreibungen vor.

Folgende Maßnahmen der Personalentwicklung stellt Frau Spaller vor:

- Schaffung von Beamtenstellen (Forderung der Kommunalaufsicht)
- Altersteilzeit (Servicestation und Kita)
- Qualifizierung
- flexible Arbeitszeitmodelle
- Führungskräfteentwicklung
- jährliche Mitarbeitergespräche
- Information, Transparenz, Kommunikation im Arbeitsalltag
- Gesundheitsförderung

Für die Zukunft müssen neue Organisationsmodelle geschaffen werden. Hochqualifizierte Mitarbeiter müssen gebunden und ihnen eine Perspektive gegeben werden.

NIEDERSCHRIFT

**über die 20. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau
am 04.04.2013**

TOP 12. Entwicklungsschwerpunkte und Möglichkeiten der Kostenreduzierung durch Abbau von Fremdleistungen durch die Servicestation

Herr Grobe, Leiter der Servicestation der Gemeinde, hat in den 1 ½ Jahren seiner Tätigkeit festgestellt, dass der Bauhof nicht wirklich effektiv arbeitet. Er möchte ihn gern umstrukturieren.

Seine Mitarbeiter müssen mit veralteter Technik kämpfen (Reparaturkosten von 3 Traktoren in Höhe 8.600 € = größer als der Zeitwert). Aber auch arbeitsorganisatorisch sieht Herr Grobe noch bedeutende Reserven. Er bedauert, dass die Gemeinde viel Geld für Fremdleistungen (z. B. Grünschnitt, Winterdienst, Baumfällungen) ausgibt, das eigene Personal aber zum Teil nicht ausgelastet ist. Er schätzt ein, dass er den Winterdienst im östlichen Teil der Gemeinde mit seinen Mitarbeitern allein bewältigen kann. Weiter führt er aus, dass in den letzten 5 Jahren die Gemeinde für 766 T€ o. g. Fremdleistungen eingekauft hat. Im Durchschnitt wurden pro Jahr 12 T€ für Grünschnitt, 54 T€ für Baumfällungen und 88 T€ für den Winterdienst ausgegeben. In der jährlichen Gesamtsumme macht das 154 T€.

Er stellt aus diesem Grund ein Leasingprojekt vor, welches nicht den Vermögenshaushalt, sondern den Verwaltungshaushalt belasten würde:

Leasing von

- Multicar M 27 Wechselträger mit Wechselaufbau Hubbühne, zusätzlich ein Anbaugerät Böschungsmäher
- Traktor Landini + Winterpaket mit Zusatzgeräten: Frontlader, Schiebeschild, Flächenmäher, Böschungsmäher, Holzhäcksler
- Aufsitzmäher Kubota G 23
- Salzsilo + 150 Tonnen Streusalz

Die Leasingraten würden sich auf 85.200 € jährlich belaufen. Damit wäre schon eine jährliche Einsparung von 68.800 € erreicht. Weitere Vorteile wären:

- Kostenkontrolle
- sofortiger Spareffekt
- sofortige Verfügbarkeit
- Auslastung des eigenen Personals
- zeit- und praxisnaher Einsatz der Winterdienstfahrzeuge
- effektive Arbeit durch moderne Technik

Herr Trisch meint, dass man Herrn Grobe die Chance einräumen sollte. Leasing ist zwar die teuerste Variante, hat aber den Vorteil, dass sie nicht den Vermögenshaushalt belastet.

Frau Müller bekräftigt, dass Fremdleistungen in der Regel günstig sind, wenn man kein eigenes Personal hat. Angesichts der Tatsache, dass die Gemeinde bereits Personal hat, soll es auch effektiv eingesetzt werden.

Herr Weiß erklärt, dass die hier vorgestellten Kosten bereits in die neue HH-Planung eingearbeitet wurden.

TOP 13. Vorlage zur Festsetzung der Grundsteuer A und B für das Haushaltsjahr 2013 Vorlage: II/022/2013

Auf Grund des § 25 des Grundsteuergesetzes vom 07.08.1973 (BGBl. I S. 965) in der z. Z. gültigen Fassung bestimmt, die Gemeinde mit welchem Hundertsatz des Steuermessbetrages die Grundsteuer zu erheben ist.

Im Rahmen der Konsolidierung des Haushaltes der Gemeinde Schkopau ist es erforderlich,

NIEDERSCHRIFT

über die 20. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schkopau am 04.04.2013

die aktuellen Hebesätze bei der Grundsteuer A und B an den Landesdurchschnitt anzupassen. Der Gemeinderat befürwortete diesen Vorschlag in der Klausurtagung zum Haushalt 2013 am 09.03.2013.

Der Finanzausschuss beschließt in seiner heutigen Sitzung:

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Grundsteuern der Gemeinde Schkopau sollen für das Haushaltsjahr 2013 wie folgt festgesetzt werden:

Grundsteuer

- a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 300 v. H.
- b) für Grundstücke (Grundsteuer B) 380 v. H.

Für den Ortsteil Wallendorf bleiben die Hebesätze auf Grund der bestehenden Gebietsänderungsvereinbarung bis zum Jahr 2014 unverändert (Grundsteuer A 300 v. H., Grundsteuer B 340 v. H.).

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Mitgliederzahl:	7
davon anwesend:	6
Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0
ausgeschlossene Gemeinderäte:	0

Gemäß § 31 der Gemeindeordnung (GO LSA) ist kein Mitglied des Ausschusses von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

TOP 14. Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP 15. Sonstiges

Die weitere Verfahrensweise zur HH-Erarbeitung wird abgestimmt.

- Information der Fraktionen am 16.4.2013
- 23.4.2013 Beratung des HH-Planes im Gemeinderat
- Zeitgleich ist mit der Kommunalaufsicht Kontakt aufzunehmen.

Herr Haufe hofft, dass am 16.4.2013 noch ein paar Weichen gestellt werden können. Herr Sachse möchte wissen, ob die Forderungen aus dem Sozialausschuss ihren Niederschlag in HH-Plan finden werden. Frau Müller meint, dass ein Beschluss jetzt nichts nutzt, falls die Kommunalaufsicht bis 16.4.2013 nein sagt.



Ulrike Müller
Vorsitzende des Ausschusses



Martina Thomas
Protokollantin